

PRESSEMITTEILUNG

- Mit der Bitte um Veröffentlichung -

Wiesbaden, 22. Februar 2010

Hessen sozial: Aktionsprogramm gegen Armut und für gute Arbeit

Beschlossen am 17./18. Februar 2010 bei der Fraktionsklausur in Wiesbaden-Naurod

Hessen ist ein reiches Land, dennoch sind die öffentlichen Kassen leer. Die Ursache dafür ist die Steuerpolitik der letzten Jahre, die Reiche und Unternehmen immer weiter entlastet hat und die öffentlichen Einnahmen einbrechen ließ. Allein die Steuergeschenke der letzten zehn Jahre haben zu einem Steuerausfall von mehr als 2 Milliarden Euro pro Jahr für die hessischen Haushalte des Landes und der Kommunen geführt. Gleichzeitig droht die sogenannte Schuldenbremse ab 2019 die Finanzlage in Hessen noch zu verschärfen.

Trotzdem stimmt die hessische Landesregierung im Bundesrat für ein so genanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das die hessischen Kommunen alleine in diesem Jahr weitere 85 Millionen Euro kosten wird. Ab 2011 werden es 150 Millionen Euro pro Jahr sein.

DIE LINKE möchte die Einnahmeseite des Landeshaushalts verbessern, statt bei den Ausgaben zu kürzen. Die Einführung einer Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer würde Hessen etwa eineinhalb Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bringen. Mehr Steuergerechtigkeit braucht auch Steuerehrlichkeit. DIE LINKE fordert die Einstellung von einhundert zusätzlichen Steuerfahndern in Hessen, damit auch die Reichen Steuern zahlen.

1. Schutzschirm für die Kommunen

Die Finanznot der Gemeinden weitet sich aus. Bereits heute stehen viele Kommunen finanziell mit dem Rücken an der Wand. Jetzt kommt der Rückgang bei der Gewerbesteuer in Folge der Wirtschaftskrise hinzu. In den Konjunkturprogrammen wurden weitere Steuersenkungen festgelegt. Laut Finanzministerium ergeben sich für die hessischen Kommunen damit steuerrechtsbedingte Steuermindereinnahmen von rund 230 Millionen in 2009, von rund 450 Millionen 2010 und von rund 480 Millionen Euro in 2011. Und das bei steigenden Aufgaben und Ausgaben. Zudem will die Landesregierung den Kommunalen Finanzausgleich um 400 Millionen Euro kürzen. Damit wird die kommunale Selbstverwaltung faktisch ausgehebelt. Viele soziale und kulturelle Projekte und

Beschäftigungsverhältnisse stehen vor dem Aus, Bürgerinnen und Bürger müssen mit einer drastisch steigenden Abgabenlast rechnen. Die Finanznot trägt dazu bei, dass auf der kommunalen Ebene weitere Privatisierungen vorangetrieben werden.

Wir fordern:

- Rücknahme der geplanten Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs 2011.
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Kommunalwirtschaftssteuer.
- Entschuldungsprogramm für die Kommunen.
- Langfristige Stärkung der Investitionskraft der Kommunen statt kurzfristig angelegter Konjunkturpakete: finanzielle Unterstützung des Landes beim Ausbau der Kinderbetreuung, beim Erhalt öffentlicher Einrichtungen, insbesondere der sozialen Infrastruktur, bei der Sanierung von Schulen sowie bei Bildung und Kultur.
- Keine weiteren Privatisierungen und keine PPP-Projekte in den Kommunen.

2. Ein Beschäftigungsprogramm für Hessen

In Hessen sind über 200.000 Menschen erwerbslos. Mehr als ein Drittel sind schon ein Jahr und länger auf der Suche nach einer Stelle. Durch die Ausweitung öffentlicher Beschäftigung können Arbeitsplätze auch für die Menschen geschaffen werden, die sonst kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Die im Zuge der Hartz-IV-Gesetze eingeführten Ein-Euro-Jobs haben weder zur Entstehung neuer Arbeitsplätze noch zu besseren Vermittlungsquoten geführt, sondern zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse. Wir wollen 10.000 hessische Ein-Euro-Jobs in reguläre, tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. Schwerpunkt sollen die strukturschwachen und von Abwanderung betroffenen Regionen sein. Es muss sich dabei um Arbeitsplätze im öffentlichen Interesse handeln. Sie müssen zusätzlich und nachhaltig sein. So können Stellen bei Pflegehilfswesen, in sozialen und kulturellen Einrichtungen, im Sport und im Bildungsbereich geschaffen werden.

Wir fordern:

- Umwandlung von 10.000 Ein-Euro-Jobs in reguläre, sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse.
- Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Kultur, Bildung und Sport

3. Sozialetat aufstocken

Seit 2004 wurden durch die Rotstiftpolitik der »Operation Düstere Zukunft« die Mittel für mehr als 100 Sozial-, Beratungs- und Kulturprojekte gekürzt, vielen davon vollständig. Für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates ist es unabdingbar, Frauenhäuser, Erziehungsberatungsstellen, Erwerbslosenberatungen, Schuldnerberatungen, Verbraucherberatung, Jugendhilfe und Volkshochschulen mit öffentlichen Mitteln kostendeckend zu fördern. Erfolgte Zuschuss- und

Sozialkürzungen sind rückgängig zu machen. Die Institutionen sind finanziell und personell, entsprechend ihrer enormen Bedeutung, angemessen auszustatten. Denn gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sind mehr Beratungsstellen für Erwerbslose, die Ausweitung der Weiterbildungsmöglichkeiten sowie kostengünstige kulturelle Angebote nötig. Wir wollen den sozialen Kahlschlag rückgängig machen.

Wir fordern:

- Rücknahme der Operation Düstere Zukunft.
- Aufstockung des Sozialetats um 40 Millionen Euro.

4. HessenCard

Menschen mit niedrigem Einkommen sind von vielen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen. Die regelmäßige Teilhabe an Kultur, Bildung, Sport und Mobilität können sich viele Menschen in Hessen nicht leisten. Deshalb wollen wir landesweit eine Hessen-Card einzuführen, die die Teilhabe Einkommensschwacher am gesellschaftlichen Leben in Bereichen des ÖPNV sowie der öffentlichen Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen ermöglicht. Lokale, soziale Ermäßigungen gibt es bereits in z.B. Frankfurt, Marburg, Gießen, Kassel oder Darmstadt. Diese Ermäßigungen werden durch die Kreise und kreisfreien Städte finanziert. Im ALG II Regelsatz sind nur 19,20 Euro im Monat für Mobilität vorgesehen. Ein landesweites bezahlbares Mobilitätsticket zum Preis von 15 Euro wäre ein erster Schritt, um den Betroffenen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Ökologisch kann es zudem zur Reduktion des CO₂ Ausstoßes und einer besseren Auslastung des ÖPNV beitragen. In Hessen zählen ca. 642.000 Menschen zum potentiellen Empfängerkreis einer HessenCard. Eine Zuzahlung des Landes Hessen ist erforderlich, um die Mindereinnahmen der Verkehrsverbände auszugleichen. Die Kosten dafür belaufen sich auf etwa 60 Millionen Euro. Mit der HessenCard soll im ersten Schritt Mobilität und in einem zweiten Schritt der vergünstigte oder kostenlose Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Theatern und Museen sowie öffentlichen Sport- und Freizeiteinrichtungen ermöglicht werden.

Wir fordern:

- Einführung einer landesweiten HessenCard für Erwerbslose und Menschen mit niedrigem Einkommen.
- Ein landesweites bezahlbares Mobilitätsticket.
- Sozialrabatte für Kultur- und Sporteinrichtungen.

5. Kampf gegen Kinderarmut

Für ein reiches Land wie Deutschland ist die wachsende Kinderarmut ein Armutszeugnis. In Hessen sind über 120.000 Kinder unter 15 Jahren arm, davon sind 75.000 schulpflichtig. Dabei sind Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund besonders stark betroffen. Kinderarmut drückt sich aus in

schlechter Ernährung, mangelnder Bildung, unzureichender ärztlicher Versorgung und eingeschränkten sozialen Beziehungen. Hauptursache für Kinderarmut ist die Einkommensarmut der Eltern. Durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors und durch Hartz IV nimmt Armut immer mehr zu. Hartz IV-Haushalten stehen 208 Euro pro Monat für die Verpflegung ihrer Kinder zur Verfügung, einschließlich der Ausstattung für Schul- und Lehrmittel. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung ein. Als Sofortmaßnahme muss durch ein Schulessen-Programm des Landes sichergestellt werden, dass Kinder in der Schule nicht hungern, weil sie kein Geld für ein Mittagessen haben. Hessen braucht zudem ausreichende qualitativ gute Betreuungs- und Bildungsangebote. Der Besuch von Kinderkrippen und Kindertagesstätten als erste außerfamiliäre Bildungsinstitution muss gebührenfrei sein und damit für alle Kinder zugänglich. Die Mehrkosten für bessere Betreuung darf nicht den Kommunen aufgebürdet werden.

Wir fordern:

- Finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land beim Ausbau der Betreuungsplätze in KITAs und bei der Verbesserung des Personalschlüssels.
- Ausweitung der Beitragsfreiheit für KITAs.
- Landesprogramm für kostenfreies Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen.
- Umsetzung des Schulobstprogramms.
- Einführung echter Lernmittelfreiheit an allen Schulen.
- Kostenfreie Schülerbeförderung auch nach der 11. Klasse.

6. Chancen für die Jugend – Ausbildungsplätze schaffen

Viele Jugendliche finden nach dem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz. In Hessen wird die Zahl der sogenannten Altbewerber auf 10.000 geschätzt. Trotz Fachkräftemangel bilden nur 35 Prozent der Betriebe in Hessen aus. Die letzte von der Regierung koordinierte Vereinbarung, der Ausbildungspakt von 2004, hat das Problem in keiner Weise gelindert. Ausbildung ist keine Wohltätigkeitsveranstaltung der Wirtschaft, sondern Pflicht. Deshalb wollen wir, dass die Landesregierung eine Initiative zur Einführung einer bundesweiten Ausbildungsplatzumlage in den Bundesrat einbringt. Kurzfristig muss Hessen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise Verantwortung übernehmen und mehr Ausbildungsplätze beim Land schaffen. Die Ausbildungsquote des Landes Hessen muss erhöht werden, damit das Land seiner Vorbildfunktion gerecht wird. Zudem muss das Land auf Unternehmen, an denen es beteiligt ist, wie RMV, Fraport und die Nassauischen Heimstätten, einwirken, dass sie eine Ausbildungsquote von 7% einhalten. Allein mit diesen Sofortmaßnahmen könnten bis zu 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Programme zur Erstausbildung müssen ausgeweitet werden, damit kleine und mittelständische Unternehmen ihre Ausbildungsplatzangebote aufrechterhalten und ausweiten können. In die Förderrichtlinien und die Vergabepaxis muss die Ausbildungsplatzquote Eingang finden. Ein Unternehmen, das sich weigert seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen und nicht ausbildet, darf dafür nicht noch durch staatliche Gelder oder Aufträge belohnt werden.

Wir fordern:

- 500 zusätzliche Ausbildungsplätze beim Land Hessen und die Übernahme von Auszubildenden.
- Einhaltung der Ausbildungsquote von 7 % bei Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist.
- Ausweitung der Programme zur Erstausbildungsförderung: Förderung von weiteren 3.000 Ausbildungsplätzen.
- Bei öffentlichen Aufträgen und öffentlicher Förderung muss die Ausbildungsquote berücksichtigt werden.
- Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzumlage.

7. Sozial und ökologisch orientierte Vergabepaxis

Die öffentliche Hand ist der wichtigste Auftraggeber der Privatwirtschaft. Bundesweit vergeben öffentliche Stellen Aufträge mit einem Gesamtwert von über 300 Milliarden Euro jährlich, das sind 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Krise und die Konjunkturprogramme verstärken die wirtschaftspolitische Bedeutung des Staates. Deshalb ist es nötig, die Vergabe öffentlicher Aufträge an klare Anreize zu koppeln und die Vergabepaxis an sozialen und ökologischen Standards auszurichten, damit mit öffentlichen Geldern nicht Lohndumping, Kinderarbeit oder Umweltzerstörung finanziert werden. Die Regeln, nach denen öffentliche Aufträge vergeben werden, haben Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben. Land und Kommunen können gezielt Betriebe bevorzugen, die Ausbildungsplätze anbieten, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen und ihre Produkte nach ökologischen Standards herstellen und entsorgen. Zudem wollen wir Regelungen zur Mittelstandsförderung einführen. Nach diesen Kriterien müssen auch die Förderrichtlinien überarbeitet werden.

Wir fordern:

- Ein neues modernes FAIRgabegesetz für Hessen: Öffentliche Aufträge müssen an soziale und ökologische Mindeststandards gekoppelt werden.
- Bessere Chancen für den Mittelstand bei der Vergabe durch Stückelung von Aufträgen.
- Überarbeitung der Förderrichtlinien: Keine öffentlichen Bürgschaften und Kredite für Unternehmen, die Lohndumping und Umweltzerstörung betreiben.

8. Gesundheitsversorgung sichern

Wer heute krank wird, spürt, wie teuer die Gesundheit werden kann: Praxisgebühr, Zuzahlungen für Medikamente, Krankenhausbeiträge.

Bei den frei verkäuflichen Medikamenten, Zahnersatz und bei Brillen gibt es für die meisten Patientinnen und Patienten überhaupt keine Hilfe der Krankenkasse mehr. Die Versicherten müssen einen wachsenden Anteil der gesundheitlichen Versorgung selbst finanzieren, während die

Arbeitgeber entlastet werden – und das trotz steigender Beiträge. Wir wollen eine solidarische gesetzliche Krankenversicherung statt einer Zwei-Klassen-Medizin. Mit der Kopfpauschale soll die Abkehr vom solidarischen Prinzip manifestiert werden. Es ist nicht fair, wenn eine alleinerziehende Mutter genau so viel Beitrag zahlen soll, wie ein Manager. Solange auf der Bundesebene nicht durchgesetzt wird, dass alle Menschen eine optimale Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen erhalten, schlagen wir als Sofortmaßnahme die Gründung eines landesweiten Gesundheitssolidaritätsfonds vor. Daraus können Menschen mit niedrigem Einkommen bei der Finanzierung von Brillen, Zahnersatz, medizinischen Hilfsmitteln und Medikamenten-Zuzahlungen unterstützt werden. Jeder Mensch muss in seiner Umgebung qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Betreuung vorfinden, auch im ländlichen Raum. Während in den Ballungsräumen ein breites Angebot von Fachärzten vorhanden ist, geht die Zahl der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum zurück. Die zeitnahe ambulante medizinische Versorgung muss auch in Zukunft sichergestellt werden. Krankenhäuser und Arztpraxen sind Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen in ausreichendem Maße vorgehalten werden. Dazu müssen Konzepte für den ländlichen Raum erarbeitet werden.

Wir fordern:

- Einen Gesundheitssolidaritätsfonds des Landes für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Finanzierung von Brillen, Zahnersatz, medizinischen Hilfsmitteln und Medikamenten-Zuzahlungen.
- Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und Erarbeitung von Konzepten für den ländlichen Raum.
- Keine Privatisierung von Krankenhäusern.